

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 458

Oberbürgermeister
Fachstelle für Demokratie
FgR

Ausbau der Arbeit gegen Rechtsextremismus – für ein demokratisches München! - Teil 2

Antrag Nr. 14-20 / A 04902 von Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Kathrin Abele, Frau StRin Anne Hübner, Herrn StR Haimo Liebich, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Herrn StR Gerhard Mayer, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Cumali Naz, Herrn StR Jens Röver, Frau StRin Julia Schönfeld-Knor, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 25.01.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16452

2 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 20.11.2019 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die SPD-Stadtratsfraktion hat am 25.01.2019 den Antrag gestellt, das Kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsprechend des aktuellen Bedarfs auszubauen. Gemeinsam mit sämtlichen Stellen im kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist die Beratungsstelle BEFORE ein Seismograf für die gesellschaftlichen Entwicklungen in diesen Bereichen. Zentrale Aufgabe von BEFORE ist die Beratung von Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung in München. Andere Stellen innerhalb des kommunalen Netzwerks beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der Recherche, Dokumentation und Information zu bzw. von Entwicklungen im Kontext der extremen Rechten (Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm)) oder mit der pädagogischen Vermittlung im Bereich Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention (Netzwerk demokratische Bildung, Bildungskollektiv „Die Pastinaken“, Fachstelle Demokratische Jugendbildung / Kreisjugendring München-Stadt).

Allein im Jahr 2018 wurden 309 Ratsuchende bzw. Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt in München in 174 Fällen (2017: 117; 2016: 76) durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BEFORE unterstützt, begleitet und beraten. 79 Fälle entfielen auf den Bereich Opferberatung für rechte, rassistische Gewalt (2017: 52; 2016: 36) und 95 Fälle auf den Bereich Antidiskriminierungsberatung (2017: 65; 2016: 40). Aufgrund der wachsenden Zahl an Beratungsfällen wurde von Seiten des Trägervereins Before e.V. der Bedarf einer Ausweitung der Personalstellen kommuniziert. Der Bedarf einer Ausweitung der Antidiskriminierungsberatung, der Personalstelle im Bereich Verwaltung und Organisation sowie der dauerhaften Etablierung von Personalstellen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Projektkoordination wird angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sowie der Entwicklung der Beratungszahlen der beiden Beratungsbereiche (Antidiskriminierungsberatung und Beratung für Opfer rechter Gewalt) auch von Seiten der Fachstelle für Demokratie gese-

hen. Dafür sollen dem Projekt nun vom Stadtrat 100.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Die zusätzlichen Mittel dienen vorrangig der Stärkung der Beratungsarbeit. Der Stundenumfang der Personalstellen im Bereich 'Antidiskriminierung' soll daher dem Stundenumfang im Bereich 'Beratung für Opfer rechter Gewalt' angeglichen bzw. entsprechend angehoben werden (60 Stunden pro Woche). Im Bereich der Verwaltung ist eine Stundenaufstockung von max. 10 Stunden pro Woche (auf 30 Stunden pro Woche) vorgesehen. Die restlichen Mittel sind für die dauerhafte Etablierung von Personalstellen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Projektkoordination sowie für die Deckung des gestiegenen Sachmittelbedarfs vorgesehen.

Die Fachstelle für Demokratie prüft im Rahmen der Projektsteuerung regelmäßig, ob den Zielen aus den Stadtratsbeschlüssen von 2014 (08-14 / V 14133) und 2015 (14-20 / V 03104) entsprechend Rechnung getragen wird.

Die bisherige sehr gute fachliche Kooperation zwischen der Fachstelle für Demokratie und den Before-Beratungsstellen ist bilateral wöchentlich und alle vier Monate im Rahmen des Fachnetzwerks beizubehalten.

Before e.V. ist verpflichtet, sämtliche Fälle, die unmittelbar die Stadtverwaltung betreffen – unter Wahrung der Qualitätsstandards des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) sowie des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd) – an die Landeshauptstadt München, Fachstelle für Demokratie zu melden, damit ggf. auch eine verwaltungsinterne Nachbearbeitung erfolgen kann.

Bei inhaltlichen Überschneidungen mit dem Tätigkeitsbereich der Fachstelle für Demokratie oder anderer Stellen im Kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind die Maßnahmen im Bereich der nicht auf konkrete Beratungsfälle bezogenen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld mit der Fachstelle für Demokratie bzw. im Fachnetzwerk abzustimmen, um eine möglichst effiziente Außendarstellung des Kommunalen Netzwerks zu gewährleisten.

1. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

1.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	ab 2020		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**			
Transferauszahlungen (Zeile 12)	100.000,-- Before e.V.		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

1.2 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die beantragte Mittelausweitung entspricht den Festlegungen für das Direktorium im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2020; siehe Nr. 6 der Liste der geplanten Beschlüsse des Direktoriums.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei abgestimmt.

Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da der Stadtrat mit dieser Angelegenheit nicht mehr befasst wird.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Erhöhung des Zuschusses an Before e.V. ab 2020 um 100.000 Euro auf insgesamt 439.202 Euro wird zugestimmt. Das Direktorium wird beauftragt die Mittel im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 beim Produkt P 31111100 anzu-melden.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

II. Beschluss

nach Antrag.

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober- / Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Kulturreferat
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Fachstelle für Demokratie

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.